

Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel

Band 202

Guarantees of Non-Repetition

Die Anordnung struktureller Reformen
durch den Inter-Amerikanischen Gerichtshof
für Menschenrechte

Von

Philipp Stöckle



Duncker & Humblot · Berlin

Philipp Stöckle

Guarantees of Non-Repetition

**Veröffentlichungen des Walther-Schücking-Instituts
für Internationales Recht an der Universität Kiel**

In der Nachfolge von Jost Delbrück
herausgegeben von

Andreas von Arnould, Nele Matz-Lück
und Kerstin von der Decken
Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht

Band 202

Völkerrechtlicher Beirat des Instituts:

Christine Chinkin

London School of Economics

James Crawford

International Court of Justice,
The Hague

Lori F. Damrosch

Columbia University, New York

Rainer Hofmann

Johann Wolfgang Goethe-
Universität, Frankfurt a.M.

Fred L. Morrison

University of Minnesota,
Minneapolis

Eibe H. Riedel

Universität Mannheim

Allan Rosas

Court of Justice of the European
Union, Luxemburg

Bruno Simma

Iran-United States Claims
Tribunal, The Hague

Daniel Thürer

Universität Zürich

Christian Tomuschat

Humboldt-Universität, Berlin

Rüdiger Wolfrum

Max-Planck-Stiftung für
Internationalen Frieden
und Rechtsstaatlichkeit,
Heidelberg

Guarantees of Non-Repetition

Die Anordnung struktureller Reformen
durch den Inter-Amerikanischen Gerichtshof
für Menschenrechte

Von

Philipp Stöckle



Duncker & Humblot · Berlin

Die Rechtswissenschaftliche Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel hat diese Arbeit
im Jahre 2019 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 1435-0491
ISBN 978-3-428-15899-7 (Print)
ISBN 978-3-428-55899-5 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im November 2018 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung wurden bis Juni 2020 berücksichtigt.

Danken möchte ich an erster Stelle meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnould, der diese Arbeit von der ersten Idee bis zum vorliegenden Buch begleitet hat. Frau Prof. Dr. Kerstin von der Decken danke ich für die Übernahme des Zweitgutachtens und viele hilfreiche Anmerkungen zum Manuskript. Beiden, gemeinsam mit Frau Prof. Dr. Nele Matz-Lück, danke ich zudem für die Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Diese Arbeit hat erheblich von zwei Forschungsaufenthalten profitieren können, die ich als Gast am Inter-Amerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte in San José und am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg verbringen durfte. Insbesondere Herrn Oscar Parra Vera möchte ich in diesem Zusammenhang für seine Gesprächsbereitschaft und die Einblicke in die Funktionsweise des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs danken. Dem Graduiertenzentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst danke ich für die finanzielle Unterstützung, die diese Aufenthalte ermöglicht haben.

Meinen herzlichen Dank möchte ich ferner all jenen aussprechen, mit denen ich in den letzten Jahren über meine Arbeit diskutieren konnte und deren Anregungen und Gedanken ein Teil dieser Arbeit geworden sind. Dies sind neben meinen ehemaligen Lehrstuhlkolleg*innen insbesondere einige jener Menschen, die ich im Rahmen von Doktorandenseminaren in Kiel und Kopenhagen, in der Bibliothek des Rechtshauses in Köln sowie während meiner Aufenthalte in San José und Heidelberg kennen gelernt habe. Besonders hervorheben möchte ich meine Kolleg*innen und Freund*innen Sinthiou Buszewski, Carina Calabria, Stefan Martini und Tobias Schröder, dem ich zudem für seine kritische Lektüre des Manuskripts danke.

Mein besonderer Dank gilt weiterhin meinen Eltern für ihren Zuspruch und ihre vielfältige Unterstützung. Den größten Dank möchte ich schließlich meiner Frau Lisa und meiner Tochter Emilia aussprechen, weil sie alles Schwere, nicht zuletzt den Abschluss dieser Arbeit, leicht machen.

Köln, im August 2020

Philipp Stöckle

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
------------------	----

Teil I

Die Hintergründe der <i>guarantees of non-repetition</i> in der Praxis des IAGMR	23
§ 1 Die objektive Rechtsschutzfunktion der Menschenrechtsbeschwerde	23
A. Faktische Anknüpfungspunkte der objektiven Rechtsschutzfunktion	24
I. Befassung des IAGMR mit paradigmatischen Beschwerdeverfahren	24
II. Begrenzte Ressourcen und „aktivistische“ Richterpersönlichkeiten	32
B. Rechtliche Anknüpfungspunkte der objektiven Rechtsschutzfunktion	35
I. Die Vorlagebefugnis der Inter-Amerikanischen Menschenrechtskommission	35
1. Konzentration auf strukturell begründete Rechtsverletzungen	35
2. Vertretung objektiv-rechtlicher Interessen im Beschwerdeverfahren	37
II. Die privilegierte Rolle von NGOs im Inter-Amerikanischen System	38
1. Befugnis von NGOs zur strategischen Prozessführung	38
2. Beteiligungsrechte von NGOs im Verfahren vor dem IAGMR	40
3. Besondere Bedeutung von <i>amicus curiae</i> -Schriftsätzen	41
C. Ausprägungen der objektiven Rechtsschutzfunktion in den Urteilswirkungen ...	42
I. Urteilswirkung im konkreten Fall: Befolgungspflicht des verurteilten Staats	42
II. Urteilswirkung in Parallelfällen: <i>conventionality control</i> -Doktrin und <i>guarantees of non-repetition</i>	44
§ 2 Die Rechtsfolgenanordnungen des IAGMR	46
A. Die Rechtsfolgenkompetenzen des IAGMR nach Art. 63 Abs. 1 AMRK	47
B. Das Konzept der <i>reparación integral</i>	49
I. Ein opferzentriertes Verständnis der Wiedergutmachung	53
II. Institutionelle Hintergründe im Verfahren der Urteilsüberwachung	56
III. Konzeptionelle Hintergründe im Transitional Justice-Diskurs	58
C. <i>Guarantees of non-repetition</i> im Kontext der weiteren Rechtsfolgenanordnungen	61
I. Maßnahmen zum Ausgleich und zur Wiederherstellung im konkreten Fall ..	61
1. Berechtigte der Wiedergutmachungsanordnungen	63
2. Ersetzbare Schäden	64

3. Die Anordnungen des IAGMR	68
a) Restitution	68
b) Rehabilitation	70
c) Entschädigung (<i>compensation</i>)	71
II. Symbolische Maßnahmen: Öffentlichkeitswirksame Anerkennung und Erinnerung (<i>satisfaction</i>)	76
1. Die Praxis des IAGMR	76
2. Individuelle und kollektive Dimensionen der <i>satisfaction</i>	79
III. Strafverfolgung individuell verantwortlicher Personen	83

Teil 2

Die guarantees of non-repetition des IAGMR	88
§ 1 Begriff und Typologie der <i>guarantees of non-repetition</i>	88
A. Der Begriff der <i>guarantees of non-repetition</i>	89
I. <i>Guarantees of non-repetition</i> in den Sondervoten Cançado Trindades	90
II. <i>Guarantees of non-repetition</i> als Synonym für präventive Dimensionen der Wiedergutmachung	93
III. <i>Guarantees of non-repetition</i> als Sammelbegriff für strukturelle Anordnungen	96
B. Die Typologie der <i>guarantees of non-repetition</i>	97
I. Anpassung der Rechtslage an die Konvention	97
1. Aufhebung und/oder Neuregelung von Gesetzen	98
2. Erlass von Gesetzen	101
3. Anwendungssperren für konventionswidrige Gesetze	103
4. Feststellung der Nichtigkeit von Amnestiegesetzen	105
II. Stärkung oder Reform von staatlichen Institutionen	111
1. Stärkung oder Reform bestimmter staatlicher Institutionen	111
2. Allgemein ausgerichtete Reformprogramme	117
III. Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Staatsbeamte und andere Personengruppen	119
IV. Menschenrechtsbildungs- und Sensibilisierungskampagnen	122
§ 2 Die Voraussetzungen der <i>guarantees of non-repetition</i>	124
A. Vorliegen von irreparablen Beeinträchtigungen der Opfer im konkreten Fall	125
B. Verletzung der Pflicht zur effektiven Gewährleistung der Konventionsrechte im innerstaatlichen Rechtsraum (Art. 2 AMRK)	128
I. Die Verknüpfung zwischen den <i>guarantees of non-repetition</i> und Art. 2 AMRK	128
1. Strukturelle Defizite des Menschenrechtsschutzes als Verletzung des Art. 2 AMRK	128

2. <i>Guarantees of non-repetition</i> als nachholende Erfüllung der Pflichten aus Art. 2 AMRK	131
II. Die Verknüpfung der <i>guarantees of non-repetition</i> mit Art. 2 AMRK in der Praxis des IAGMR	138
1. Anknüpfung an Art. 2 AMRK bei der Anpassung der Rechtslage an die Konvention	139
2. Uneinheitliche Praxis bei institutionell ausgerichteten <i>guarantees of non-repetition</i>	141
a) Teilweise Verknüpfung mit der Feststellung einer Verletzung von Art. 2 AMRK	141
b) Überwiegend bloße Verweise auf einen Kontext struktureller Defizite	145
C. Andauern struktureller Defizite bis zur Entscheidung des IAGMR	149
D. Weitere Entscheidungskriterien im Einzelfall	152
I. Die politische Opportunität von Reformanordnungen	153
II. Die Schwere der Konventionsverletzungen	155
III. Der Informationsstand des Gerichtshofs	158
§ 3 Die Bestimmtheit und die Konkretisierung der <i>guarantees of non-repetition</i>	160
A. Bestimmtheit der <i>guarantees of non-repetition</i>	161
B. Konkretisierung der <i>guarantees of non-repetition</i> durch den IAGMR	163
I. Inhaltsbestimmung durch Verweis auf den Schutzbereich des verletzten Rechts	164
II. Einzelhinweise zur Umsetzung der Anordnungen	167
III. Verbindlicherklärung konkreter Reformvorhaben	170
§ 4 Die Verbindlichkeit der <i>guarantees of non-repetition</i> und ihre Überwachung durch den IAGMR	171
A. Verbindlichkeit aus Sicht des IAGMR und des Rechts der Konventionsstaaten ..	172
I. Die Verbindlichkeit aus Sicht des IAGMR	172
II. Die Verbindlichkeit nach dem Recht der Konventionsstaaten – ein Überblick ..	174
B. Überwachung der Urteilsumsetzung durch den IAGMR (<i>Compliance-Phase</i>)	177
I. Hintergrund und Entwicklung der <i>Compliance-Phase</i>	177
II. Das Verfahren in der <i>Compliance-Phase</i>	181
C. Die Umsetzung und die Wirksamkeit der <i>guarantees of non-repetition</i>	184

Teil 3

<i>Guarantees of non-repetition</i> und die Befugnisse des IAGMR	190
§ 1 Strukturelle Menschenrechtsverletzungen als Gegenstand der Gerichtsbarkeit des IAGMR	190
A. Der Maßstab der Gerichtsbarkeit <i>ratione materiae</i> des IAGMR (Art. 62 AMRK) ..	193

B. Die funktionale Bestimmung der Gerichtsbarkeit	195
C. Die Überprüfung struktureller Menschenrechtsverletzungen als Teil der Funktionen der Gerichtsbarkeit des IAGMR	199
I. Die subjektive Rechtsschutzfunktion	199
II. Die objektiv-rechtlichen Funktionen	204
III. Die narrative Funktion	208
§ 2 Die Befugnis des IAGMR zur Anordnung struktureller Reformen	213
A. Der Ansatz des IAGMR: Rückgriff auf das völkerrechtliche Institut der <i>guarantees of non-repetition</i>	214
I. Art. 63 Abs. 1 AMRK als Verweis auf das allgemeine Völkerrecht	214
II. <i>Guarantees of non-repetition</i> im allgemeinen Recht der Staatenverantwortlichkeit	218
1. Entwicklung als Projekt der ILC – rudimentäre positiv-rechtliche Anerkennung heute	218
2. Fragmentarische Ausgestaltung in den ARSIWA	231
3. Zwischenergebnis mit Blick auf die Anordnungsbefugnisse des IAGMR	235
III. <i>Guarantees of non-repetition</i> in den UN-Grundprinzipien	237
1. Entwicklung der UN-Grundprinzipien im Transitional Justice-Kontext	237
2. Fokus auf schwere Rechtsverletzungen und Transitionsprozesse	239
3. Unsichere positiv-rechtliche Geltung jenseits des Transitional Justice-Kontexts	241
4. Zwischenergebnis mit Blick auf die Anordnungsbefugnisse des IAGMR	243
B. Die Grundlage der <i>guarantees of non-repetition</i> in Art. 63 Abs. 1 AMRK	243
I. Art. 63 Abs. 1 AMRK als <i>lex specialis</i> für die Anordnungsbefugnisse des IAGMR	244
II. Die Rechtsnatur der <i>guarantees of non-repetition</i>	248
1. Strukturelle Anordnungen als Form der Wiedergutmachung	248
2. Strukturelle Anordnungen als nachholende Erfüllung von Art. 2 AMRK	256
3. Zwischenergebnis: Die Doppelnatur der <i>guarantees of non-repetition</i>	258
III. Strukturelle Anordnungen als Teil der Befugnisse nach Art. 63 Abs. 1 AMRK	259
1. Strukturelle Anordnungen als Teil der subjektiven Rechtsschutzfunktion	259
a) Nachholende Erfüllung eines verletzten Rechts, Art. 63 Abs. 1 S. 1 AMRK	259
b) Wiedergutmachung zugunsten der Opfer im Einzelfall, Art. 63 Abs. 1 S. 2 AMRK	261
2. Strukturelle Anordnungen als Teil der objektiv-rechtlichen Funktionen von Art. 63 Abs. 1 AMRK	262
C. Anforderungen an die Anordnung struktureller Reformen durch den IAGMR	267
I. Ausdrückliche Anknüpfung struktureller Anordnungen an Art. 2 AMRK	267
II. Größere Transparenz bei der Ermessensausübung	268
D. Zusammenfassung	269

§ 3 Die inhaltliche Reichweite der Anordnungsbefugnisse des IAGMR	269
A. Die Anordnungskompetenzen des IAGMR und der Umsetzungsspielraum der Konventionsstaaten	272
I. Grundlage und Grenzen des Umsetzungsspielraums der Konventionsstaaten	272
II. Strukturelle Anordnungen als Eingriff in den Umsetzungsspielraum	275
B. Die Steuerung der Anordnungsbefugnisse durch das Subsidiaritätsprinzip	277
I. Das Subsidiaritätsprinzip im internationalen Menschenrechtsschutz	277
II. Das Subsidiaritätsprinzip in der AMRK und in der Praxis des IAGMR	280
1. Grundsätzlich geringe Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips	282
2. Ansätze zur Subsidiarität in der jüngeren Praxis des IAGMR	289
III. Die Maßstäbe des Subsidiaritätsprinzips für die Anordnungen des IAGMR	292
1. Die Anwendbarkeit des Subsidiaritätsprinzips	295
2. Berücksichtigung der Realitäten des Inter-Amerikanischen Menschenrechtsschutzes	296
IV. Zwischenfazit	300
C. Die <i>guarantees of non-repetition</i> im Lichte des Subsidiaritätsprinzips	300
I. Vereinbarkeit der wesentlichen Parameter mit dem Subsidiaritätsprinzip	300
II. Die Grenzen des Subsidiaritätsprinzips und des IAGMR	303
Schlussbetrachtung	309
A. Der Hintergrund der <i>guarantees of non-repetition</i>	309
B. Inhalte, Voraussetzungen und Verfahren	311
C. Die Befugnisse des IAGMR	312
D. Fazit	314
Literaturverzeichnis	315
Dokumentenverzeichnis	345
A. Völkerrechtliche Verträge	345
B. Resolutionen/Beschlüsse/Dokumente Internationaler Organisationen	345
I. OAS	345
II. Vereinte Nationen allgemein	346
III. ILC	348
C. Urteile und Beschlüsse internationaler Gerichte	349
I. Urteile des IAGMR, inkl. Sondervoten	349
II. Gutachten des IAGMR	361
III. Beschlüsse des IAGMR	362
IV. Urteile/Beschlüsse/Verfahrenshandlungen des IGH und StGH	363
V. EGMR	364
VI. Sonstige Gerichte/Institutionen	365
Stichwortverzeichnis	366

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AfCHPR	African Court on Human and Peoples' Rights
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention
ARSIWA	Articles on Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
BGH	Bundesgerichtshof
CdBP	Interamerikanische Konvention zur Verhütung, Bestrafung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen („Convención de Belém do Pará“)
CEDAW-Committee	Committee on the Elimination of Discrimination against Women
CRPD-Committee	Committee on the Rights of Persons with Disabilities
Doc.	Document
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EuGH	Europäischer Gerichtshof
f./ff.	folgende/folgenden (Plural)
Fn.	Fußnote
GK	Große Kammer
HRC	Human Rights Committee
Hrsg.	Herausgeber
IAGMR	Inter-Amerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
IAKMR	Inter-Amerikanische Kommission für Menschenrechte
Ibid.	Ibidem (ebenda)
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILC	International Law Commission
IPbpr	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
lit.	litera (Buchstabe)
NGO	Non-Governmental Organization
No.	Number
op. Rn.	operative Randnummer
Rn.	Randnummer
S.	Seite
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
u. a.	unter anderem/und andere
UN	United Nations
VerfO	Verfahrensordnung
Vol.	Volume
WÜK	Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge

Einleitung

In seinem Essay *Recht und Zeit* analysiert Gerhart Husserl, wie sich die Zeit im Bewusstsein der Menschen spiegelt, die mit dem Recht zu tun haben, d. h. in welchem *Modus* der Zeit sie das Recht erfahren und welche *Zeitperspektive* sie auf das Recht einnehmen.¹ Er unterscheidet zunächst verschiedene Idealtypen: Den „Gegenwartsmenschen“, der allein das Heute zum Ansatzpunkt seines Handelns macht, den „Zukunftsmenschen“, der die Gegenwart primär als etwas Werdendes sieht, der plant und reformiert sowie den „Vergangenheitsmenschen“, dessen Blick rückwärts gerichtet ist und der aus der Vergangenheit Maßstäbe für Heute entnimmt.² Diese Idealtypen repräsentieren für Husserl auch die Zeitperspektiven, in denen das Recht in den drei Staatsgewalten erfahren wird.³ Die Rechtsprechung ordnet er dabei dem „Vergangenheitsmenschen“ zu. Denn wie etwa die Anknüpfung an geschichtliche Tatbestände und das Ziel der Wiederherstellung des Zustands vor der Rechtsverletzung zeigten, richte sich der Ansatz der Judikative auf die Vergangenheit, während die Exekutive die Gegenwart verwalte und die Legislative die Zukunft plane.⁴

In dieser Vorstellung spiegelt sich die traditionelle Rollenbeschreibung von Gerichten: Die Auslegung des vorgegebenen Rechts, die Anwendung des Rechts auf Sachverhalte der Vergangenheit und die Bereinigung vergangenen Unrechts. Die Analyse Husserls erscheint auch im Völkerrecht mit Blick auf die Rolle des Internationalen Gerichtshofs zutreffend, der überwiegend als Institution zur Beilegung von Streitigkeiten verstanden wird und über Tatbestände der Vergangenheit und nicht über Entwicklungen der Zukunft urteilt.⁵ Die heutige Wirklichkeit internationaler Menschenrechtsgerichtshöfe erscheint der Analyse gleichwohl enteilt. Diese Gerichte haben sich Aufgaben zugewandt, die Husserl noch als Domäne des Gesetzgebers verstanden hätte, da sie in ihren Urteilen zunehmend planend und gestaltend auf die Gewährleistung der Menschenrechte in einzelnen Staaten einwirken. In Anbetracht andauernder struktureller Defizite bei der Gewährleistung der Menschenrechte sind diese Gerichte dazu übergegangen, in ihren Entscheidungen auch

¹ Gerhart Husserl, *Recht und Zeit: fünf rechtsphilosophische Essays*, Frankfurt a. M. 1955, S. 41 ff.

² Ibid., S. 46 ff.

³ Ibid., S. 52.

⁴ Ibid., S. 58 ff.

⁵ Mit Verweis auf Husserl auch Magnus Jesko Langer, *Les assurances et garanties de non-répétition: Entre rupture et continuité*, in: Denis Alland u. a. (Hrsg.), *Unité et diversité du droit international/Unity and Diversity of International Law. Ecrits en l'honneur du Professeur Pierre-Marie Dupuy/Essays in Honour of Professor Pierre-Marie Dupuy*, Leiden 2014, S. 539 (569).

„generelle“ oder, wie sie hier benannt werden sollen, „strukturelle“ Anordnungen zu treffen. Sie schreiben Reformprogramme vor, ordnen Gesetzesreformen an und überwachen die Umsetzung ihrer Anordnungen, um so *in Zukunft* die effektive Gewährleistung der Konventionsrechte zu erreichen.⁶ Damit wandelt sich auch der Charakter dieser Gerichte: Von Institutionen der Streitbeilegung und der Gewährung subjektiven Rechtsschutzes werden sie zu Institutionen, die dem Feld der Global Governance zugeordnet werden können.⁷

Das bekannteste Beispiel für diese Entwicklung ist das seit dem Jahr 2005 praktizierte Piloturteilsverfahren des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Vor dem Hintergrund einer Flut gleichartiger Beschwerden stellte die Große Kammer des EGMR erstmals im Fall *Broniowski v. Poland* im Rahmen einer Individualbeschwerde im Urteilstenor fest, dass in Polen bestimmte strukturelle Defizite bei der Achtung und Gewährleistung der Eigentumsrechte (Art. 1 ZP 1 EMRK) bestanden und forderte Polen zur Lösung dieser Probleme durch geeignete gesetzliche oder administrative Reformen sowie zur Schaffung innerstaatlicher Rechtsbehelfe auf.⁸ Die Beteiligten schlossen daraufhin einen Vergleich, der auch die Neuregelung von Gesetzen vorsah, woraufhin der EGMR die Beschwerde aus dem Register strich.⁹ Mittlerweile ist das Verfahren in Art. 61 VerfO-EGMR näher geregelt: Das Gericht kann eine Frist zur Urteilsbefolgung setzen (Abs. 5) und kann Parallelfälle aussetzen oder wieder aktivieren, um Druck auf den betroffenen Staat aufzubauen (Abs. 6). Der Ministerrat des Europarats priorisiert die Überwachung der Umsetzung der Anordnungen aus Piloturteilen.¹⁰ Bislang hat der EGMR in knapp dreißig Fällen Piloturteile erlassen; daneben finden sich strukturelle Rechtsfolgenanordnungen mittlerweile auch außerhalb des Piloturteilsverfahrens des EGMR

⁶ Başak Çaltı, Explaining variation in the intrusiveness of regional human rights remedies in domestic orders, *International Journal of Constitutional Law* 16 (2018), 214 (216 ff.); Alexandra Huneeus, Reforming the State from Afar: Structural Reform Litigation at the Human Rights Courts, *The Yale Journal of International Law* 40 (2015), 1; Dinah Shelton, Remedies in international human rights law, 3. Aufl., Oxford 2015, S. 278 ff.; Christine Gray, Remedies, in: Cesare Romano/Karen J. Alter/Yuval Shany (Hrsg.), *The Oxford Handbook of International Adjudication*, Oxford 2014, S. 871 (890 ff.); Gerald L. Neumann, Bi-Level Remedies for Human Rights Violations, *Harvard Journal of International Law* 55 (2014), 323; Thomas M. Antkowiak, An Emerging Mandate For International Courts: Victim-Centered Remedies and Restorative Justice, *Stanford Journal of International Law* 47 (2011), 279.

⁷ Siehe hierzu Karen J. Alter/Laurence R. Helfer/Mikael Rask Madsen, *International Court Authority*, iCourts Working Paper 112/2017, S. 7 ff.; Karen J. Alter, *The New Terrain of International Law: Courts, Politics, Rights*, Princeton 2014; Armin von Bogdandy/Ingo Venzke, In wessen Namen? Internationale Gerichte in Zeiten globalen Regierens, Berlin 2014; Geir Ulfstein, *The International Judiciary*, in: Jan Klabbers/Anne Peters/Geir Ulfstein (Hrsg.), *The Constitutionalization of International Law*, Cambridge 2009, S. 126.

⁸ EGMR (GK), *Broniowski v. Poland*, Urt. v. 22.06.2004, Nr. 31443/96, op. Rn. 3 f.

⁹ Ibid., *Neue Juristische Wochenschrift* 2006, 1312.

¹⁰ Siehe die Informationen über den Verlauf des Überwachungsverfahrens des Department for the Execution of Judgments of the European Court of Human Rights, abrufbar unter: <https://www.coe.int/en/web/execution/the-supervision-process>.

(„Art. 46-Urteile“).¹¹ Ähnliche Entwicklungen von strukturellen Anordnungen finden sich auch außerhalb Europas: In der Praxis des Afrikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Rechte der Völker¹², in den – allerdings unverbindlichen – Empfehlungen der UN-Menschenrechtsinstitutionen¹³ und in den Anordnungen des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte (IAGMR).

Strukturelle Anordnungen – die in Übernahme eines Begriffs aus dem Recht der Staatenverantwortlichkeit auch als *guarantees of non-repetition* bezeichnet werden¹⁴ – verändern die Rechtsnatur der Menschenrechtsbeschwerde. Es handelt sich dann nicht mehr allein um Verfahren zum subjektiven Rechtsschutz der individuellen

¹¹ Vgl. Jens Meyer-Ladewig/Kathrin Brunozzi, Artikel 46 EMRK, Verbindlichkeit und Durchführung der Urteile, in: Meyer-Ladewig/Nettesheim/von Raumer (Hrsg.), Europäische Menschenrechtskonvention Kommentar, 4. Aufl., Baden-Baden 2017, Rn. 6; Helen Keller/Cedric Marti, Reconceptualizing Implementation: The Judicialization of the Execution of the European Court of Human Rights Judgments, *European Journal of International Law* 4 (2015), 829 (838); Linos-Alexander Sicilianos, The Role of the European Court of Human Rights in the Execution of its own Judgments: Reflections on Article 46 ECHR, in: Anja Seibert-Fohr/Mark Villiger (Hrsg.), *Judgments of The European Court of Human Rights – Effects and Implementation*, Baden-Baden 2014, S. 285 (288 ff.).

¹² Vgl. etwa, wenngleich mit weitem Beurteilungsspielraum des betroffenen Staates, Af-CHPR, *Tanganyika Law Society and Legal and Human Rights Centre and Reverend Christopher R. Mtikila v. United Republic of Tanzania*, Ur. v. 14.06.2013, Nrn. 009&011/2011, op. Rn. 3; Çaltı, Explaining variation in the intrusiveness of regional human rights remedies in domestic orders, *International Journal of Constitutional Law* 16 (2018), 214 (224 ff.); Andrés Javier Rousset Siri, La Incipiente jurisprudencia de la Corte Africana de Derechos Humanos y de los Pueblos en materia de reparaciones: análisis comparativo con la experiencia de la Corte Interamericana de Derechos Humanos, *Anuario Argentino de Derecho Internacional* 25 (2016), 61 (77 ff.).

¹³ Der UN-Menschenrechtsausschuss, nach dem 1. Fakultativprotokoll zum IpbPR zuständig für die Untersuchung von Individualbeschwerden, schlägt im Rahmen seiner Auffassungen (*views*) häufig auch generelle Maßnahmen (*guarantees of non-repetition*) vor, etwa die Aufhebung von Gesetzen oder institutionelle Reformen, vgl. HRC, *Guidelines on measures of reparation under the Optional Protocol to the International Covenant on Civil and Political Rights*, 30.11.2016, CCPR/C/158, S. 3. Ähnliche Empfehlungen finden sich in der Praxis des Ausschusses zur Frauenrechtskonvention und des Ausschusses zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Beide Ausschüsse formulieren neben Maßnahmen zur Abhilfe und Wiedergutmachung im konkreten Fall regelmäßig einen ganzen Katalog von generellen Maßnahmen (*general measures*), die zur Verhinderung zukünftiger Verletzungen geboten erscheinen, vgl. CRPD-Committee, *Marlon James Noble/Australia*, Beschl. v. 02.09.2016, Nr. 7/2012, Rn. 9 lit. b (i); CRPD-Committee, *Liliane Gröninger/Germany*, Beschl. v. 04.04.2014, Nr. 2/2010, Rn. 7 lit. b; CEDAW-Committee, *M. W./Denmark*, Beschl. v. 22.02.2016, Nr. 46/2012, Rn. 6 lit. b (ii).

¹⁴ Vgl. zur „Versicherung der Nichtwiederholung“ (*guarantee of non-repetition*) im Recht der Staatenverantwortlichkeit Andreas von Arnould, *Völkerrecht*, 4. Aufl., Heidelberg 2019, S. 185 (Rn. 436). Die hier untersuchten Anordnungen des IAGMR, ebenso wie etwa die Piloturteile des EGMR, weisen neben Gemeinsamkeiten allerdings auch Unterschiede zu den *guarantees of non-repetition* im Recht der Staatenverantwortlichkeit oder zu den Anordnungen des IGH unter diesem Begriff auf. Siehe dazu ausführlich unten S. 218 ff.